

Stephan Götzl

Gedanken  
zu Ethik und Moral  
in der Wirtschaft

Gedanken  
zu Ethik und Moral  
in der Wirtschaft

Stephan Götzl

Gedanken  
zu Ethik und Moral  
in der Wirtschaft

München, 2010

## Einführung

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ist eine humane Wirtschaftsordnung, in der Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen. Freiheit und Verantwortung sind nicht teilbar. Die Soziale Marktwirtschaft garantiert individuelle Freiheit, fordert Verantwortung und tugendhaftes Verhalten des Einzelnen. Die Soziale Marktwirtschaft braucht deshalb Werte und setzt Werte voraus.

Die Soziale Marktwirtschaft ist vor Jahrzehnten als eine ›Ordnung der Freiheit‹ entstanden. Ohne Freiheit ist Soziale Marktwirtschaft auch heute nicht denkbar. Soziale Marktwirtschaft beruht mithin auf einem doppelten Selbstverständnis. So stellt Freiheit einerseits den obersten Grundwert dieser Ordnung dar (nicht etwa die ›Gleichheit‹ oder die ›Gerechtigkeit‹). Andererseits bedarf diese Freiheit eines ordnenden Rahmens, um sich zum Wohl der ganzen Gesellschaft als eine Soziale Marktwirtschaft zu entfalten.

Dieser Anspruch setzt das System der Sozialen Marktwirtschaft tagtäglich und immer wieder aufs Neue einer millionenfachen Bewährungsprobe aus. Sie besteht darin – ausgehend von persönlicher, politischer und wirtschaftlicher Freiheit – eine soziale Gesellschaft zu verwirklichen. Eine Gesellschaft also, die Solidarität

ermöglicht und Gerechtigkeit zulässt. Das Maß ihres Erfolgs ergibt sich dabei aus dem erreichten Grad der Bürger, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das frei-lich setzt mehr voraus als ein leistungsfähiges soziales Transfersystem. Es erfordert, Beteiligungschancen zu eröffnen – zuallererst am Bildungssystem und am Arbeitsmarkt.

Die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht nur Leitbild im Bereich des Wettbewerbs, sondern wirken auf das gesellschaftliche Leben. Sie finden in der Wirtschaftspolitik wie im Staatsgefüge Anwendung. Soziale Marktwirtschaft und demokratische, freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland sind untrennbar ineinander verschränkt. Das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft vereint gezielt ökonomische Effizienz mit der notwendigen Rücksichtnahme auf sozialetische Prinzipien.

Die Soziale Marktwirtschaft braucht allerdings Überzeugungskraft aus sich heraus. Dazu benötigt sie eine tiefgreifende ethische Begründung und eine verständliche Vermittlung derselben. Und: Diese Systembegründung muss zur gelebten Praxis werden. Auch, weil die Fähigkeit der Wirtschaftsordnung, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, die Akzeptanz unseres politischen Systems entscheidend mitprägt.

Soziale Marktwirtschaft braucht entsprechend eine Kultur, die sie trägt. Das setzt die Definition und Transparenz gemeinsamer Ziele voraus, die es in Programme zu fassen und über Institutionen wirksam und damit erlebbar zu machen gilt. Das beinhaltet aber auch ein elementares Verständnis dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft konzeptionell auf dem Gedanken der solidarischen Gemeinschaft ruht. Mithin ist in der Sozialen Marktwirtschaft kein Bürger überflüssig, jeder muss die Chance haben, an ihren Errungenschaften zu partizipieren. Das ist Kennzeichen einer am Gemeinwohl orientierten Marktwirtschaft.

Damit bietet Soziale Marktwirtschaft die Chance zu einer neuen Global Governance, die nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern sehr wohl auch einen politisch-gesellschaftlichen Ordnungsrahmen beinhaltet. Insofern geht es um die Möglichkeit, eine global gedachte Soziale Marktwirtschaft zu verankern, die eine Verschränkung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfordernissen gewährleistet.

Das gilt auch deshalb, weil die Finanz- und Wirtschaftskrise einen Handlungsbedarf offenkundig gemacht hat, der nicht neu ist, aber zuweilen aus dem Blick gerät. Klimawandel und Rohstoffverknappung sind Beispiele, die verdeutlichen, dass längst ethische und institutionelle Reformen im globalen Maßstab notwendig sind. Diese Reformen erfordern ein nachhaltiges

Denken. Damit ist ein Denken gemeint, das langfristig, global sowie multiperspektivisch ausgerichtet ist und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Das rührt aus der Erkenntnis, dass nicht der Mensch der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft dem Menschen dient. Deshalb ist ein weltwirtschaftliches System, das nur sehr wenigen nutzt und vielen schadet, unmenschlich. Tragfähig ist dagegen ein System, das auf Interessenausgleich setzt, das die Solidarität des Starken mit dem Schwachen fördert und das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe als Handlungsmaxime zugrunde legt – also ein Wirtschaftssystem, das ausgehend vom Menschen und seiner Würde her konstruiert ist und so Soziales mit dem Markt verbindet.

## Grundsätze

WIRTSCHAFT BRAUCHT ORDNUNG. Ein Mechanismus, der per se ordnend wirkt, ist die Haftung für Verluste. Dieses Prinzip wurde sträflich vernachlässigt. Dabei gilt: Wer die Konsequenzen seiner Entscheidungen verantworten muss, kalkuliert vorsichtiger. Zudem entfällt der Anreiz, zulasten anderer zu handeln. Das verhindert ein Wirtschaften, das Erträge privatisiert und die Kosten der Allgemeinheit aufbürdet. Vor diesem Hintergrund ist gerade bei staatlichen Hilfsmaßnahmen in der Krise auf die Signalwirkung zu achten, die von staatlichen Rettungsaktionen ausgeht.

Gewinnstreben ist ein Motor der Marktwirtschaft. Gewinn setzt Wertschöpfung voraus. Das scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Anders jedenfalls können überzogene Gewinnerwartungen und der Beifall für diejenigen, die mit immer neuen Gewinnzielen hausieren gehen, nicht erklärt werden. Wir brauchen eine kritische Überprüfung der Grundlagen dieser Ziele. Dabei darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Gewinn und Risiko sich wie kommunizierende Röhren verhalten. Hohe Gewinnaussicht bedeutet mehr Risiko und damit auch mehr Verlustrisiko, vor allem für jene, die gar nicht an den Entscheidungen mitwirken.

Spielbankmentalität und Zockerei sind der Sozialen Marktwirtschaft wesensfremd. Es entspricht nicht dem Charakter seriöser Geschäftsmodelle, mit wenig Eigenkapital und hoher Verschuldung Geschäfte zu betreiben. Das gilt für Kreditinstitute und Unternehmen der Realwirtschaft gleichermaßen. Der ehrbare Kaufmann muss wieder das Leitbild nachhaltigen Wirtschaftens sein.

Die Bedeutung der Nachhaltigkeit ist in Unternehmenskonzepten zu stärken. Auch Erfolgskennziffern und Vergütungssysteme sind an diesem Prinzip auszurichten. Unternehmen, die nicht über ein nachhaltig profitables Geschäftsmodell verfügen, haben in einer Marktwirtschaft keine Existenzberechtigung. Es muss ausgeschlossen werden, dass es künftig mit Aussicht auf eine staatliche Bestandsgarantie zu Ungleichbehandlungen im Markt kommt. Wer zulässt, dass ein Spekulieren auf ›too big to fail‹ möglich wird, der fördert mit einer damit einhergehenden impliziten staatlichen bailout-Garantie ›moral hazard‹ und verzerrt Wettbewerb. Deshalb gehören die politische Bereitschaft und gesellschaftliche Akzeptanz einer geordneten Insolvenz von Unternehmen zu den notwendigen Bedingungen, dass Soziale Marktwirtschaft dauerhaft funktionieren kann. Eine Insolvenz kann schließlich auch ein Neubeginn sein und muss nicht zwangsläufig das unternehmerische Ende bedeuten. Die Möglichkeit zu geplanten Insolvenzen verhindert, dass der Staat Gefahr läuft, erpressbar zu

werden. Erpressbar deshalb, weil er durch Großzügigkeit im Umgang mit staatlicher Hilfe unternehmerische Verantwortung und Haftung schleichend aushöhlt.

Unternehmertum beinhaltet die Chance auf Erfolg, aber auch das Risiko des Scheiterns. Auf jeden Fall jedoch fordert es ein hohes Maß an Verantwortung derer, die die Unternehmenspolitik festlegen. Unabhängig davon, ob es sich um Eigentumsunternehmer oder angestellte Manager handelt. Diese Verantwortung ergibt sich in erster Linie daraus, eine auf Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensstrategie zu definieren. Das heißt, dem Markt Produkte zur Verfügung zu stellen, die auf Nachfrage stoßen. Wertschöpfung ist somit zunächst nichts anderes, als mehr und bessere Güter zu produzieren. Gelingt das, wird das Unternehmen wachsen und damit Arbeitsplätze schaffen. Das ist im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Verantwortung resultiert aber auch daraus, nachhaltig zu wirtschaften. Denn Nachhaltigkeit zielt auf langfristigen Unternehmenserfolg. Im Gegensatz zur ausschließlich kurzfristig ausgerichteten Profitmaximierung steht die Existenzsicherung der Unternehmung selbst, und in der Folgewirkung die Befriedigung von Stakeholder-Ansprüchen (Anteilseigner, Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten, Kapitalmärkte, Staat, Natur, Öffentlichkeit) im Vordergrund. Das gibt Stabilität. Stabilität, die nicht nur mikroökonomisch für das einzelne

Unternehmen bedeutsam ist, sondern auch makroökonomisch für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft. Eine Unternehmensausrichtung auf langfristigen Erfolg muss deshalb stets mehr sein, als eine rhetorische Formel für Unternehmertage. Sie muss gelebte Praxis bleiben. Zu dieser Praxis zählt freilich, dass langfristige Erfolgsorientierung den kurzfristigen Erfolg nicht ausschließt. Allerdings darf der kurzfristige Erfolg nicht von einer langfristigen Erfolgsplanung ablenken.

Zukunftsorientiertes Wirtschaften beruht in gleichem Maße auf der Fähigkeit, Strukturwandel rechtzeitig zu erkennen und dem Mut, notwendige Veränderung zur Unternehmenssicherung einzuleiten. Das kann in Einzelfällen mit schmerzhaften unternehmensinternen Anpassungsprozessen einhergehen, um das Ganze zu sichern – das kann auch Einschnitte beim Personal einschließen. Zur verantwortungsvollen Unternehmensführung zählt deshalb die Bereitschaft zur Kommunikation. Das schließt Offenheit, Ehrlichkeit und Authentizität im Handeln des Managements ein. Außerdem muss das Management in der Lage sein, für das Unternehmen klare Perspektiven aufzuzeigen. Erfolgreich selbst in der Krise ist am ehesten eine Unternehmensführung, die auf klare Spielregeln setzt und Versprechen nicht als Placebo, sondern als belastbare Grundlage eines Pakts zwischen Unternehmen und Mitarbeitern begreift, der gemeinsame Zukunft sichern soll.

## Handlungsfelder

UNTERNEHMEN SOLLTEN BEI der Ausrichtung variabler Gehaltsanteile von Managervergütungen das Kriterium der Nachhaltigkeit zugrunde legen. Die Orientierung an bisher dafür nur selten genutzten einschlägigen Kennziffern (Economic Value Added, Cash Value Added, Market Value Added) kann hier hilfreich sein. Diese Ausrichtung vermindert die Gefahr, den variablen Gehaltsanteil mittels einer an Umsatz und Gewinn ausgerichteten kurzfristigen Risikoorientierung nach oben zu treiben. Erst wenn sich erweist, dass das Unternehmen im Zeitlauf – z.B. nach fünf Jahren – einen Erfolgspfad beschreitet, kommen die variablen Gehaltsanteile (Boni) sukzessive zur Auszahlung. Für unternehmerisch erfolglose Jahre kommt entsprechend ein Malus zum Tragen, der die Summe der auf einem Konto angesammelten (verzinslichen) variablen Gehaltsanteile mindert. Vor allem für Banken muss zu Regelungen zurückgefunden werden, die nicht einseitig Gehaltsausweitungen insbesondere der Vorstände über riskante und kurzfristig orientierte Geschäftspraktiken zulassen und gleichzeitig die Risiken des Scheiterns eines Geschäftsmodells bei der Allgemeinheit und damit dem Steuerzahler abladen. Steigerungen bei den

Gehaltszahlungen müssen im Finanzsektor und in der Realwirtschaft an die Solidität des Geschäftsmodells und die Nachhaltigkeit der Geschäftsaktivitäten gekoppelt werden.

Zudem erscheint es grundsätzlich erstrebenswert, dass der Aufsichtsrat oder vergleichbare Gremien für ein Unternehmen unabhängig von der Rechtsform verbindlich definieren, in welchem Verhältnis das durchschnittliche Einkommen der Belegschaft im Verhältnis zum Einkommen des Vorstands stehen soll. Darüber hinaus können Fehlanreize vermieden werden, wenn die Ruhegeldbezüge von Managern in Relation zum aktiven Einkommen festgesetzt werden.

Die Sicherstellung der Haftung verbessert die Funktionsweise der Marktwirtschaft. Beeinträchtigt würde diese Funktionsweise indes, wenn man staatlicherseits versuchen würde, in die Struktur der Preise und Löhne einzugreifen. Preisen und Löhnen kommt eine zentrale Lenkungsfunktion zu, ohne die die Marktwirtschaft ihre Aufgabe, knappe Produktionsfaktoren einer bestmöglichen Verwendung zuzuführen, nicht erfüllen kann. Auch Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und die anderen ordoliberalen Begründer des deutschen Nachkriegsmodells haben dies stets betont. Die starke staatliche Ordnung, die diese Väter der Sozialen Marktwirtschaft postulierten, bezog sich auf Dinge wie den Eigentumsschutz, das Haftungsprin-

zip und die Sicherung des Wettbewerbs, jedoch nie auf Eingriffe in die Preis- und Lohnstrukturen.

Eine Politik, die Erhalt und Stärkung des Wohlstandsstandorts Deutschland zum Ziel hat, braucht ein Mehr an Konsequenz. Konsequenz, die auf die Auflösung eines Handlungsstaus in den zentralen Feldern der Steuer-, Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zielt. Auch deshalb, weil der weltweite Wettbewerb der Länder um die Talente und das mobile Kapital weiter an Kraft gewinnt. Die Schwellenländer, allen voran China und Indien, drängen auf die Weltmärkte und bedrängen auch jene Industrien, bei denen Deutschland bislang noch im Spitzenfeld liegt. Derzeit kann sich Deutschland bei der Produktion von Ausrüstungsinvestitionen, die in den Schwellenländern benötigt werden, um selbst Produktionskapazität aufzubauen, noch gut behaupten. Aber der Vorsprung ist gefährdet. Es ist nämlich absehbar, dass die Schwellenländer selbst in die Lage kommen werden, Maschinen und Anlagen zu produzieren.

Die Unterstützung der Sozialen Marktwirtschaft erhöht, wer die Voraussetzungen für ein Wirtschaftssystem schafft, das den Bürgern im gegenwärtigen Dasein Sicherheit gibt und ihnen Zukunftsangst nimmt. Gute Standortpolitik ist daher jene, die dafür sorgt, dass die Bürger am Wirtschaftsleben teilhaben können und ihnen im Fall von Arbeitslosigkeit aktive Hilfe zur Rückkehr in Arbeit bietet. Deshalb muss die Politik der Ent-

stehung von rentablen Arbeitsplätzen oberste Priorität einräumen. Das gibt den Bürgern die Chance zur eigenverantwortlichen Existenzsicherung.

Die Ansprüche an eine Wirtschaftsordnung, die eine aus sich herauswachsende Akzeptanz bei den Bürgern finden und verstärken soll, sind hoch: Sie muss als Ordnungsrahmen definiert sein, der für alle Akteure im Wirtschaftssystem verbindlich ist. Zugleich müssen Sanktionsmechanismen wirken können, die jene bestrafen, die gegen die Ordnung verstoßen. Diese Sanktionsmechanismen sollen in erster Linie auf dem Wirken der Marktkräfte und in zweiter Linie auf einer ordnenden Hand des Staats beruhen. Der Ordnungsrahmen muss insgesamt im Sinne einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsverfassung ausgestaltet sein.

Zehn Punkte sind dabei wesentlich:

(1) Ordnung gewährleisten. Der Staat garantiert äußere, innere und soziale Sicherheit. Er muss diese Garantieleistung mit gleichem Engagement auch für die wirtschaftliche Sicherheit erbringen. Seine Kraft muss jedoch auf die Garantie der Ordnung und nicht auf die Lenkung der Wirtschaftsprozesse selbst gerichtet sein. Nur in Ausnahmefällen, dort wo die Wirtschaftsprozesse versagen und zu sozialen Verwerfungen führen, ist der Staat als wirtschaftlich handelnder Akteur notwendig. Das erfordert zugleich einen Staat, der um sei-

ne Grenzen weiß. Denn der Staat kann auf Dauer gegen den Markt (Summe aller Mitanbieter und Nachfrager) weder Mengen noch Preise festsetzen.

(2) Wettbewerb zulassen, Nutzen ermöglichen und Haftung einfordern. Märkte, in denen Wettbewerb funktioniert, steigern die Chancen auf Wohlstand für alle. Wettbewerb entspricht dem im Wesen des Menschen angelegten Drang zur Nutzenmaximierung. Allerdings muss Nutzenmaximierung auch eine Grenze haben. Sie liegt dort, wo anderen Schaden entsteht. Deshalb darf Handeln mit Haftungsausschluss in der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich sein. Keiner darf für die Folgen seines Handelns aus der Verantwortung gelassen werden.

(3) Privates Eigentum schützen. Das Recht auf privates Eigentum ist konstituierend für die Soziale Marktwirtschaft. Die Möglichkeit zu privatem Eigentum schafft Anreize zur Leistung. Eigentum lässt Verantwortung wachsen. Eigentum in privater Hand sorgt für ökonomische wie ökologische Ressourceneffizienz. Privateigentum sorgt für Innovationen und technischen Fortschritt. Wer mit dem Eigentum anderer wirtschaftet, muss freilich Sorgfalt an den Tag legen und Transparenz gewährleisten. Das Recht auf Eigentum braucht zudem Grenzen, damit es nicht unsozial wird – zum Beispiel durch die Konzentration von Produktionsmitteln. Deshalb ist es für die Soziale Marktwirtschaft elementar,

dass das Konkurrenzprinzip funktioniert. Konkurrenz schafft Wettbewerb und verhindert die Konzentration von Marktmacht. Dort, wo Konkurrenz fehlt oder versagt, ist der ordnende Staat gefordert.

(4) Erneuerung begleiten. Ein Wirtschaftssystem kann auf Dauer Wohlstand nur gewährleisten, wenn es als ein System der permanenten Erneuerung angelegt ist. Damit Neues wachsen kann, muss Verbrauchtes Platz machen und darf nicht künstlich am Leben gehalten werden. An überholten Strukturen festzuhalten, mindert Wohlstand. Weil es Ressourcen bindet, die für wohltandsmehrende Erneuerungsprozesse fehlen. Erneuerungsprozesse brauchen mitunter gleichwohl eine initiiierende und abfedernde Begleitung. Aufgabe des Staats in der Sozialen Marktwirtschaft ist es, für diese Prozesse einen Ordnungsrahmen zu gewährleisten, Innovationsprozesse zu fördern und soziale Verwerfungen als Folgen von Strukturwandel sozial zu gestalten.

(5) Leistungsversprechen halten. Erfolg, Dynamik und Glaubwürdigkeit Sozialer Marktwirtschaft beruhen nicht zuletzt auf gehaltenen Leistungsversprechen. Das gewährleistet Vertrauen. Vertrauen ist elementar für marktwirtschaftliche Prozesse. Vertrauen in die Stabilität des Systems, Vertrauen darauf, dass dort Sicherung funktioniert, wo Sicherheit versprochen wird. Das gilt im Übrigen für private Sicherungssysteme (z.B. Einlagensicherungssysteme bei Banken) wie für staatliche in

gleichem Maße. Das gilt aber auch für politische Stabilitätszusagen wie Schuldenbremsen in Haushalten, Defizitquoten oder europäische Fiskalregeln.

(6) Eigenverantwortung fördern und fordern. Demokratie setzt auf den mündigen Bürger. Teil dieser Mündigkeit ist die Möglichkeit, ein auch in wirtschaftlicher Hinsicht eigenverantwortliches Leben zu führen. Es gehört zu den Aufgaben eines zukunftsweisenden Sozial- und Gesellschaftssystems, Eigenverantwortung durch entsprechende Rahmenseetzungen zu stärken und nicht zu schwächen. Die Bürger sind grundsätzlich leistungswillig und leistungsfähig. Deshalb muss das Wirtschaftssystem darauf angelegt sein, Arbeit und Leistung zu belohnen. Dazu zählt auch, die Wiederbeschäftigungschancen der von Strukturwandel und konjunktureller Entwicklung betroffenen Arbeitnehmer zu erhöhen. Das System muss zugleich Mechanismen entwickeln, dass jene, die zwar leistungsfähig, aber nicht leistungswillig sind, nicht als Trittbrettfahrer vom System profitieren. Auch deshalb, weil dies das Leistungspotenzial des Gesamtsystems für jene schmälert, die – aus welchen Gründen auch immer – auf seine Unterstützung berechtigt angewiesen sind.

(7) Leistungs- und Chancengerechtigkeit höher gewichten als Verteilungsgerechtigkeit. Die Politik ist über Jahrzehnte der Versuchung nach mehr staatlicher Umverteilung in einem immer größeren Umfang er-

legen. Dabei zeigt sich nicht nur in steigendem Maße, dass diese Umverteilungspolitik wenig effizient organisiert ist. Es wird auch zunehmend offenkundig, dass die Frage der Verteilungsgerechtigkeit die der Chancengerechtigkeit in unserem Land überlagert. Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die darauf ausgerichtet ist, Bürger, auch Mitbürger ausländischer Herkunft, zu integrieren und nicht auszuschließen. Integrieren heißt dabei, konsequent Bildungschancen zu bieten, den Zugang zu kulturellen Ressourcen zu erschließen, Aufstiegschancen zu eröffnen und somit eigenverantwortliche Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Integrieren heißt deshalb eben nicht, Bürger durch Sozialtransfers für Marktversagen zu entschädigen und sie ansonsten am Rand der Gesellschaft ihrem Schicksal zu überlassen. Die Verwirklichung von effizienter Leistungs- und Chancengerechtigkeit ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Und hier ist der Zugang zu Bildung der wichtigste Schlüssel.

(8) Handlungsfähigkeit des Staats erhalten. Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen handlungsfähigen Staat. Auch, um seine soziale Gestaltungskraft nicht zu gefährden. Dazu gehört die Erkenntnis, dass der Staat nicht unbegrenzt zur Hilfe und zu Rettungsmaßnahmen fähig ist, weil auch er an finanzielle Grenzen stößt. Deshalb ist es ein Gebot der Staatsräson, für ausgeglichene Staatshaushalte zu sorgen. Das schließt ein, dass die Ein-

nahmen nicht den Ausgaben, sondern nach guter ehrwürdiger Kaufmannsart die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden. Dafür muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen das Bewusstsein geschärft werden.

(9) Wirtschaftspolitik stimmig gestalten. Wirtschaftspolitik in unserem Land muss wieder mehr sein als die Aneinanderreihung von Notoperationen am Gesamtsystem. Sie haben in den zurückliegenden Jahren in vielen Fällen allenfalls Schmerzen gelindert, aber nur selten Krankheiten im System geheilt. Eine Korrektur des Staatshandelns ist notwendig. Dieses muss sich abwenden von einer Politikgestaltung im Rhythmus vier- oder fünfjähriger Wahlzyklen. Ein Masterplan ist notwendig, der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Sozial-, Bildungs-, Umwelt-, Energie- und Innovationspolitik zielgerichtet verschränkt und nicht als Stückwerk nebeneinander stellt.

(10) Entscheidungen überprüfen. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen ständig auf ihre Wirkung hin überprüft werden. Ausgehend von der aktuellen Situation ist dabei besonders wichtig, wirtschaftspolitische Entscheidungen daran auszurichten, wie mittelfristig die Leistungskraft der Volkswirtschaft stimuliert werden kann.

## Schlussbetrachtung

JEDE GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSORDNUNG braucht, wenn sie die Grundlage für ökonomischen und sozialen Erfolg bilden will, ein festgefügtes Wertesystem. Seine Schlagkraft erreicht es dadurch, dass es von allen Akteuren verinnerlicht ist und Überzeugungskraft aus sich heraus entfaltet.

Überzeugung braucht Vorbilder. Vorbilder, die dazu animieren, selbst zum Vorbild zu werden. Vorbild sein und Vorbildwerden bedeuten aber auch, Bewusstsein dafür zu entwickeln, wo Grenzen des Handelns liegen. Zum Beachten von Grenzen gehört die Erkenntnis, dass nicht alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, im Umkehrschluss auch erlaubt ist.

Richtigerweise findet deshalb die Freiheit des Einzelnen dort ihre Grenze, wo sie die Ordnung bedroht und damit zum Nachteil aller wird. Die Verantwortung aller beginnt dort, wo die Kraft des Einzelnen zur Daseinsvorsorge nicht ausreicht.

Gleichwohl ist Freiheit der konstituierende Wert für ein funktionierendes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Das ist der Wesenskern der Sozialen Marktwirtschaft. Sie fordert Eigenverantwortung und gewährt zugleich Solidarität. Sie gründet auf dem

Schutz der Freiheit des Bürgers und seines Eigentums durch den Staat.

Erfolg kann nur dort substanziell und nachhaltig gedeihen, wo ökonomische Effizienz mit ethisch und moralisch ausgerichtetem Handeln einhergeht. Ohne Kriterien für gutes und schlechtes Handeln und die Bewertung seiner Motive und Folgen kann keine soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit erzielt werden.

Nachhaltigkeit erfordert deshalb auch, Kriterien für gutes und schlechtes Handeln sowie die Bewertung seiner Motive und Folgen aufzustellen. Sie müssen transparent und nachvollziehbar sein. Notwendig sind somit gesellschaftliche Handlungskonventionen, die einerseits sozial anerkannt sind und andererseits auch gefordert werden.

Gutes Handeln basiert auf Werten und Normen. Es setzt aber genauso Gewissenhaftigkeit, Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein voraus. Gutes Handeln ist Ausfluss einer Tugendethik, die darauf abzielt, dass der Einzelne seine Fähigkeiten zu vernunftbestimmtem und gesellschaftlich verantwortungsbewusstem Handeln gebraucht.

Rationalität und Verantwortungsbewusstsein als elementare Gestaltungsprinzipien der persönlichen Lebenswirklichkeit sind somit der Nukleus für ein stabiles, auf Freiheit und soziale Teilhabe angelegtes Ge-

sellschafts- und Wirtschaftssystem. So lassen sich die Grundlagen sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit für breite Bevölkerungsschichten schaffen.

Ohne moralisch geprägte Rahmenordnung erreicht ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem weder Stabilität noch Nachhaltigkeit. Erreicht werden diese erst durch einen gesellschaftlichen Konsens, der darauf zielt, eine bessere Welt zu hinterlassen, als jene, die man selbst vorgefunden hat. Entsprechend kann die Wirkkraft eines Systems nur so stark sein wie es Unterstützung erfährt – seitens der Bürger, Unternehmer und Politiker.

Soziale Marktwirtschaft ist von jeher ein Ordnungskonzept, das auf die Innovation von materiellen wie immateriellen Werten setzt. Es ist die Definition eines Lebensprinzips, das durch die Ermöglichung sozialer Teilhabe Erfolg schafft. Allerdings funktioniert dieses Lebensprinzip nur, wenn jeder Einzelne für sich die Grundnormen menschlichen Miteinanders beherzigt. Auf den Nenner hat die dazu notwendige Lebensausrichtung Immanuel Kant gebracht: »Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.«

## **Der Autor**

DR. h.c. STEPHAN GÖTZL ist Präsident und Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern e.V. (GVB).

Der GVB vereint unter seinem Dach 1.140 Genossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern. Zu diesen Genossenschaften zählen 307 Volksbanken und Raiffeisenbanken mit einer kumulierten Bilanzsumme von über 115 Milliarden Euro, 546 ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit einem Umsatz von 4,3 Mrd. Euro sowie 166 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Euro. Insgesamt beschäftigen die bayerischen Genossenschaften 66.000 Mitarbeiter, 35.000 davon im Bankbereich.



Genossenschaftsverband  
Bayern